

MOTION von Hans Rutschmann (SVP, Rafz)
betreffend Zusammenlegung von Politischen Gemeinden und Schulgemeinden

Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, wonach die Politischen Gemeinden und die Schulgemeinden zusammengelegt werden.

Hans Rutschmann

Begründung:

Ebenso wie der Kanton müssen auch die Gemeinden sparen. Die Politischen Gemeinden sind deshalb darauf angewiesen, jeweils eine verbindliche Finanzplanung über die nächsten Jahre zu erstellen. Eine Finanzplanung auf Stufe Gemeinde ist jedoch nur sinnvoll, wenn auch das Schulgut mit einbezogen werden kann. Der grösste Teil der Steuereinnahmen einer Gemeinde werden bekanntlich für den Schulbetrieb sowie den Bau und Unterhalt der Schulliegenschaften aufgewendet.

Sodann ist es auch wichtig, die Finanzen gemeinsam zu bewirtschaften. Im heutigen System verwalten jedoch in den meisten Gemeinden zwei völlig selbständige Körperschaften die Gemeindefinanzen. Die Politischen Gemeinden und die Schulgemeinden sind finanziell unabhängige Gebilde. Eine Koordination, speziell der Investitionen im Baubereich, findet in vielen Fällen kaum statt.

Eine Integration des Schulgutes in die Politische Gemeinde würde die Schulpflegen auch zeitlich so entlasten, dass sie vermehrt Zeit für ihre eigentliche Aufgabe, die Pflege der Schule, aufbringen könnten. Die finanziellen Angelegenheiten sowie der Bau und Unterhalt der Liegenschaften würde durch die Politische Gemeinde geregelt.

Um eine direkte Verbindung der Schulpflege zum Gemeinderat zu gewährleisten, wäre ein Mitglied des Gemeinderates von Amtes wegen auch Mitglied der Schulpflege.

Die vorgeschlagene Lösung ist in Gemeinden mit einem Parlament üblich, in einigen kleineren Gemeinden ist dieses Modell bereits mit Erfolg eingeführt worden. Aufgrund der vielen Vorteilen einer Zusammenlegung drängt sich deshalb eine einheitliche Lösung im ganzen Kanton auf. In anderen Kantonen (z.B. Schaffhausen) hat diese Zusammenlegung bereits Tradition.